

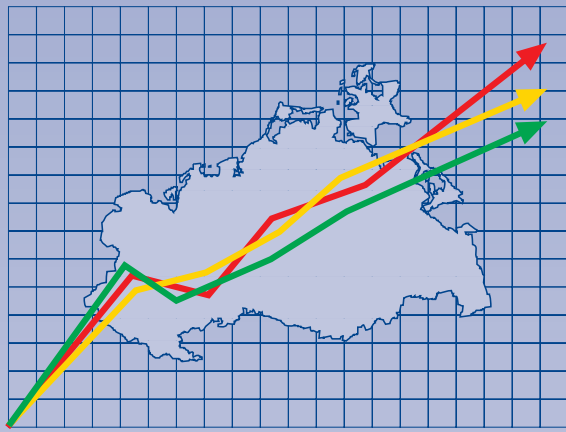
**Vorstudie  
zur landesweiten Datenerhebung  
als Grundlage für die  
Sozialberichterstattung des  
Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Ergebnisse

Ein Modellprojekt gefördert durch das  
Landesjugendamt Mecklenburg-Vorpommern

## Inhaltsverzeichnis

1. Ziel der Vorstudie	2
2. Aufbau und Durchführung der Vorstudie	3
3. Ergebnisse der Vorstudie	4
3.1. Personelle Ausstattung	4
3.2. Technische Ausstattung	5
3.3. Finanzielle Ausstattung	5
3.4. Stellenwert von Jugendhilfeplanung	6
3.5. Überregionaler Fachaustausch der JugendhilfeplanerInnen	6
3.6. Datenlage der regionalen Jugendhilfeplanung	7
3.7. Fort- und Weiterbildungsbedarf der JugendhilfeplanerInnen	7
4. Empfehlungen	8



## I. Ziel der Vorstudie

Das Land Mecklenburg-Vorpommern unterstützt seit Jahren die Qualifizierung der Jugendhilfeplanung im Land. Schon in der Vergangenheit wurde bezogen auf die örtliche Jugendhilfeplanung eine hohe Heterogenität bezüglich der Planungskonzepte und Datenlagen festgestellt. Dies führte zu der Entscheidung, eine landesweit angelegte Datenbank entwickeln zu wollen, die es den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe im Land ermöglicht, auf vergleichbare und steuerungsrelevante Daten im Sinne einer Serviceleistung des Landes zurückgreifen zu können. Mit Hilfe der Datenlage sollen sich die regionalen Träger mit den eigenen Daten in der Jugendhilfestruktur des Landes verorten können, um so Rückschlüsse auf eigene Planungs- und Wirkungskonzepte zu ziehen. Die angestrebte Datenbank und deren Auswertungen sollen somit für die örtliche Ebene verschiedene Vergleichsfolien und Orientierungsebenen anbieten.

Für die Landesebene soll die Auswertung der Daten eine kontinuierliche Sozialberichterstattung zulassen, um möglichst genau Entwicklungen und regionale Disparitäten beobachten und beschreiben zu können. Die strategische Ausrichtung und Impulsgebung sowohl der Landesjugendhilfeplanung, des überregionalen Fort- und Weiterbildungsangebotes als auch der Fördermittelvergabe sollen mit Hilfe der Auswertungsergebnisse qualifiziert werden. Mittels der in den Sozialberichten dargestellten Fakten und Informationen, die im Zusammenhang mit der Situationsbeschreibung in Feldern der Jugendhilfe ermittelt werden, sollen sich Kausalitäten ableiten lassen, die der überregionalen Ebene die Möglichkeit eröffnen, Schlussfolgerungen für überörtliche Planungsaktivitäten zu ziehen.

Bereits 2002 wurde in der Runde der JugendhilfeplanerInnen diskutiert, neben einem exemplarischen Kennzahlenvergleich eine landesweite Datenbank als Grundlage einer Sozialberichterstattung einzuführen,

um damit die Qualifizierung der Jugendhilfeplanung fachlich zu untermauern und zu steuern. Es sollen Aussagen möglich werden, die überregionale Bedarfe eruieren, regionale Disparitäten und mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig aufzeigen. Verschiedene Ansätze wurden dazu bereits erarbeitet, an die es anzusetzen gilt.

Aufgrund der deutlichen Heterogenität bei den örtlichen Trägern sollte in der Vorbereitung einer Datenbank besonders darauf geachtet werden, dass die Daten den Bedarfen der unterschiedlichen örtlichen Jugendhilfeplanungen gerecht werden. Um eine diesbezüglich passgenaue zukünftige Datenerhebung vorzubereiten, ist mit dieser Vorstudie eine Analyse der derzeitigen Bedingungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten genauso wie die von den zukünftigen Nutzern erachteten Notwendigkeiten erhoben und zusammengeführt worden. Des Weiteren zeigte sich aus der Erfahrung der Vergangenheit die Notwendigkeit des Zusammenwirkens und Abstimmung über jugendhilfeplanerische Aspekte zwischen regionaler, überregionaler und Landesebene.

## 2. Aufbau und Durchführung der Vorstudie

Anknüpfend an die oben benannten Notwendigkeiten und Ziele wurde die Vorstudie methodisch partizipativ und prozesshaft angelegt. Mit Unterstützung von zehn Jugendämtern des Landes konnte eine Ist-Stand-Erhebung durchgeführt werden. Hier wurden die Bedingungen der örtlichen Jugendhilfeplanung erhoben und ausgewertet. Ein daran anschließender Auswertungsdiskurs im Zusammenwirken von regionaler, überregionaler und Landesebene legte die wesentlich zu berücksichtigenden Aspekte zur Entwicklung einer landesweiten Datenbank fest.

Der in der Vorstudie verwandte Erhebungsbogen und der Interviewleitfaden sind auf Grundlage der dem Projektträger zur Verfügung gestellten Unterlagen bereits erarbeiteter Ansätze, Fortbildungen und Arbeitsgremien entwickelt und in der Landessteuerungsgruppe abgestimmt worden. Die verwandten Erhebungsinstrumente und Erhebungsergebnisse sind auf der Homepage des Landesjugendamtes Mecklenburg-Vorpommern ([www.lagus.mv-regierung.de](http://www.lagus.mv-regierung.de)) und der Homepage der Start gGmbH ([www.start-ggmbh.de](http://www.start-ggmbh.de)) erhältlich.

Zur strategischen Begleitung und Abstimmung des Prozesses wurde eine sich kontinuierlich treffende Landessteuerungsgruppe gegründet. Besetzt wurde die Gruppe von VertreterInnen des Sozialministeriums, VertreterInnen des Statistischen Amtes und des Landesjugendhilfeausschusses des Landes Mecklenburg-Vorpommern, VertreterInnen des Landesjugendamtes, Amtsleitungen und JugendhilfeplanerInnen aus fünf kreisfreien Städten und Landkreisen und dem Projektträger.

Für die Ist-Stand-Erhebung wurden in den Monaten Februar und März 2006 an zehn Jugendämtern des Landes Mecklenburg-Vorpommern Erhebungsbögen versandt. Inhaltlich wurden damit sowohl die örtlichen Bedingungen für die Jugendhilfeplanung als auch die dazu zur Verfügung stehende Datenlage erhoben und verglichen.

Die darauf folgende Interviewreihe in eben diesen Ämtern ergänzte die Ist-Stand-Analyse hinsichtlich der Erhebung von Planungskonzepten und –strategien, und der mit der praktizierten Jugendhilfeplanung vor Ort gesammelten Erfahrungen und daraus resultierenden Bedarfe. In allen Ämtern fanden ein- bis zweistündige Gruppeninterviews mit der Amtsleitung, der mit der Jugendhilfeplanung betrauten Person und der Sachgebietsleitung der Erzieherischen Hilfen statt.

Thematisch wurden im Wesentlichen folgende Aspekte erfasst:

- Personelle, sächliche und finanzielle Ressourcen der örtlichen Jugendhilfeplanung pro Kreis und Stadt unter Einbeziehung der
- fachlichen sowie der persönlichen Erfahrungen zu Erhebungs- und Auswertungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten, der mit Jugendhilfeplanung betrauten Personen und
- der jugendhilfeplanerischen Philosophie bzw. dem Planungskonzept der örtlichen Jugendämter.

Im zweiten Prozessschritt wurde auf Grundlage der Ist-Stand-Ergebnisse in zwei darauf folgenden Workshops eine notwendige Diskussion der drei zuvor benannten Ebenen vollzogen und ausgewertet. Der TeilnehmerInnenkreis setzte sich aus Vertretern der örtlichen Ebene (Amtsleitungen, PlanerInnen und Sachgebietsleitungen der Erzieherischen Hilfen) und den Mitgliedern der Landessteuerungsgruppe zusammen. Im ersten Schritt ging es darum, welche Fragen mit einer regionalen und landesweiten Berichterstattung beantwortet werden sollen (welche Planungsinteressen werden verfolgt) und welche Daten dafür passgenau gestellt werden sollten und können, um den drei Ebenen zu einer aussagefähigen regionalen und überregionalen Sozial- und Jugendberichtserstattung verhelfen zu können. Im zweiten Schritt wurden die Aspekte und die Beteiligten herausgearbeitet, die zur Umsetzung der landesweiten Datenbank zu berücksichtigen sein werden.

### 3. Ergebnisse der Vorstudie

Zur besseren Übersicht werden die Ergebnisse der Vorstudie in Form von Thesen zusammengefasst. Darauf folgend werden die Diskussionsergebnisse der Workshops mit der perspektivischen Ausrichtung auf die Bearbeitung einer landesweiten Datenbank erläutert.

Die in der Einleitung bereits benannte Heterogenität der Bedingungen und Konzepte der Jugendhilfeplanung auf regionaler Ebene kann insbesondere durch zwei wesentliche Faktoren begründet werden.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen strukturverändernden Maßnahmen haben sich die regionalen Ämterstrukturen durch die Zusammenlegung verschiedener Ämter unterschiedlich entwickelt. Die Zusammenlegungen innerhalb der Verwaltungen erfolgten zwischen den Jugendämtern mit Sozialämtern, Schulverwaltungs- und Schulämtern, Ämtern für Sport oder Kultur. Dem Verwaltungszuschnitt zugeordnet, gestaltet sich der Planungsbereich und damit der Aufgabenzuschnitt der JugendhilfeplanerInnen. Ebenso müssen die Konzepte und Planungsansätze dem jeweiligen Amt angepasst werden.

Je weiter diese Entwicklung fortschreitet, desto schwieriger wird es für den Bereich der Planung abgestimmte Definitionen von Jugendhilfeplanung überregional zu entwickeln bzw. aufrecht zu erhalten. Die Datenlage, mit denen die PlanerInnen arbeiten, wird entsprechend angepasst und auch hier wird die Vergleichbarkeit mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten schwieriger. Eine abgestimmte Definition darüber, was Aufgabe und Funktion von Jugendhilfeplanung auf überörtlicher und örtlicher Ebene in Mecklenburg-Vorpommern ist und welche Standards daran anzulegen sind, ist im Landesjugendhilfeausschuss erarbeitet aber vielerorts nicht in der Praxis realisiert worden bzw. zum Teil den PlanerInnen nicht einmal bekannt.

Als der zweite wesentliche Faktor, der eine Heterogenität der Jugendhilfeplanung manifestiert, ist der Stellenwert von Planung als strukturelles Instrument innerhalb der Verwaltung zu nennen. In der Auswertung der Ist-Stand-Analyse sind deutlich zwei unterschiedliche planerische Strategien in den Amtsleitungen zu erkennen.

- 1) Die Ergebnisse der Jugendhilfeplanung werden zur Legitimation der mit der Jugendhilfe verbundenen Kosten auf der politischen Ebene genutzt.
- 2) Die Ergebnisse der Jugendhilfeplanung werden genutzt, um aktiv die Jugendhilfe strategisch zu steuern.

Aus der jeweiligen Strategie ergibt sich der Stellenwert

und damit auch die Sicherung der notwendigen Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Jugendhilfeplanung.

Neben diesen grundsätzlichen Aspekten sollen folgende Thesen, die sich in der Ist-Stand-Analyse gezeigt haben, genannt und erläutert werden. Die Thesen sind in den Workshops mit den drei Ebenen (regional, überregional und Landesebene) diskutiert und in folgender Form verabschiedet worden. Die Punkte gilt es in der weiteren Bearbeitung und Vorbereitung der landesweiten Datenbank zu beachten.

#### 3.1. Personelle Ausstattung

- *Die personelle Ausstattung für Jugendhilfeplanung ist überwiegend so gering, dass planerisch prognostizierende Aufgaben neben den zu leistenden Pflichtaufgaben nicht leistbar sind.*
- *Obgleich in der fachlichen Einschätzung in den letzten Jahren der Stellenwert von Planung zunimmt, nimmt die Bereitstellung personeller Ressourcen in den Ämtern faktisch ab.*

Von den an der Vorstudie mitwirkenden Jugendämtern verfügen nur die Hälfte über eine volle Planstelle für die Jugendhilfeplanung. Es kann davon ausgegangen werden, dass die personelle Ausstattung in den nicht an der Vorstudie teilgenommenen Jugendämtern Mecklenburg-Vorpommerns eher noch geringer ausfällt. Über die Pflichtaufgaben und die Zuarbeiten für die Gremien ist nachvollziehbar wenig Zeit zur Verfügung, eine kontinuierliche Datenpflege und -Auswertung zu erfüllen, die über eine deskriptive Statistik hinausgehen kann. In der Regel kommen für die PlanerInnen noch tagesaktuelle Anfragen zu verschiedenen Themen hinzu, die kurzfristig zugearbeitet werden müssen.

Gerade vor dem Hintergrund der unzureichenden technischen Unterstützung werden die ohnehin geringen zeitlichen Ressourcen als nicht ausreichend bewertet. In vielen Ämtern werden die Daten aus den Sachgebieten in Papierform erhoben und müssen von den PlanerInnen dann erst eingepflegt werden. Das bedeutet eine hohe personelle Belastung sowohl in den Sachgebieten als auch bei den PlanerInnen. Gerade für die Erstellung von Prognosen wird die Kontinuität der Dateneingabe und -Pflege von den PlanerInnen als Grundvoraussetzung beschrieben, die aufgrund der personellen Ressourcen in den Sachgebieten und der der PlanerInnen nicht ausreichend gewährleistet werden kann.

Obgleich im bundesweiten Fachdiskurs der Stellenwert von Planung und Controlling im Sozialbereich immer stärker zunimmt, scheint bei Betrachtung der Stellenbesetzung die Entwicklung der Jugendhilfeplanung

in Mecklenburg-Vorpommern einen gegenteiligen Trend zu verfolgen. Im Zuge von Stelleneinsparungen sind vielerorts bei den PlanerInnen Stundenanteile reduziert worden oder Planstellen abgeschafft bzw. nicht neu besetzt worden. Dieser Trend zeigt sich sowohl auf der regionalen als auch auf der überregionalen Ebene.

### 3.2. Technische Ausstattung

■ *Die technischen Rahmenbedingungen sind nicht ausreichend, um eine kontinuierliche Datenerfassung und einen Datenfluss mit vorhandenen zeitlichen Ressourcen zu garantieren*

Die Mehrzahl der JugendhilfeplanerInnen verfügt über keine spezifische Software. Viele Daten werden in Papierform erfasst und müssen erst in eine digitale Form übertragen werden, was bei der ohnehin geringen zeitlichen Ressource für die Jugendhilfeplanung einen wesentlich erschwerenden Faktor darstellt. Auswertungen werden weitgehend mittels selbst angelegter Tabellen erstellt.

Ein weiterer Aspekt in der technischen Ausstattung ist die zur Verfügung stehende Hardware. Zusammenfassend kann eine ausreichende Ausstattung der JugendhilfeplanerInnen mit Hardware konstatiert werden. Die für einen Datentransfer notwendigen internen und externen Schnittstellen, insbesondere mit den wesentlichen Sachgebieten, sind nicht durchgängig gesichert. Optimal zu nutzende Schnittstellen bieten digitale Akten, die zwar in fast allen Ämtern angestrebt, in aber nur wenigen Ämtern aus fehlenden Finanzmitteln bereits eingesetzt werden.

### 3.3. Finanzielle Ausstattung

■ *Die finanzielle Ausstattung der einzelnen Jugendämter ist ausgesprochen heterogen.*

■ *Bei der überwiegenden Anzahl der Ämter sind die finanziellen Voraussetzungen für die Qualifizierung der JugendhilfeplanerInnen nicht ausreichend.*

■ *Punktuell können Mittel eingesetzt werden, um themenspezifische Fragestellungen zu erheben und auszuwerten.*

Mit der Vorstudie konnte nicht ermittelt werden, ob es eine angemessene finanzielle Ausstattung für die Jugendhilfeplanung bei den örtlichen öffentlichen Trägern gibt. Dies liegt vor allem daran, dass diese Frage im Erhebungsbogen nur von der Hälfte der Ämter beantwortet wurde und die Spannweite bei den angegebenen jährlichen Budgets als erheblich differenziert beschrieben werden kann (zwischen 100 € und 4.500 €).

Deutlich wird die Knappheit der Mittel allerdings bei der Qualifizierung der JugendhilfeplanerInnen. Das jährlich zur Verfügung stehende Budget scheint so gering zu sein, dass überregionale Angebote zur Qualifizierung aus Kosten- und Zeitgründen nicht aufgesucht werden. Als Erläuterungen in den Interviews wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass die finanziellen Mittel für Reise- und Tagungskosten nicht ausreichend eingestellt werden können. Auf das fehlende Budget für die technische Ausstattung wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen.

### 3.4. Stellenwert von Jugendhilfeplanung

■ *Der Stellenwert der Jugendhilfeplanung scheint auf regionaler und überregionaler Ebene abgenommen zu haben. Dies zeigt sich:*

1. *durch den Abbau regionaler und überregionaler Personalstellen,*

2. *dadurch, dass keine kontinuierliche Prozesssteuerung und Moderation des Qualifizierungsprozesses der Jugendhilfeplanung besteht,*

3. *und dass erarbeitete Standards und Definitionen auf der Ebene der Interessenbekundung stagnieren.*

Betrachtet man die Bedingungen der Planungskräfte in den Jugendämtern, so kommt man zu dem Ergebnis, dass die Jugendhilfeplanung im Jugendamt zwar eine gesetzlich festgeschriebene Aufgabe darstellt und somit auch durch rechtliche Bestimmungen in ihrer Existenz gefestigt sein sollte, dass aber deren Realität in der Regel innerhalb der verschiedensten Positionierungen in der Organisationsstruktur und –kultur in der Praxis sehr heterogen zu sein scheint.

Die in der als Stichpunkte oben aufgezählte Reihenfolge der Thesen ist eine sich in der Praxis ergebene Abfolge. Aufgrund der zunehmenden personellen Verknappung kann von der überregionalen Ebene eine kontinuierliche Moderation eines fachlichen Diskurses nicht geleistet werden. Es fehlt nach Einschätzung der InterviewpartnerInnen an einer Impulsgebung von der überregionalen Ebene ebenso wie eine kontinuierliche Prozessbegleitung der überregionalen Treffen der PlanerInnen. Eine strategische Abstimmung und Ausrichtung und die damit verbundene überregionale Qualifizierung der Jugendhilfeplanung kann unter den gegebenen Bedingungen nur begrenzt geleistet werden. Dafür wäre ein kontinuierlich zu führender überregionaler Austausch der Fachkräfte notwendig.

### 3.5. Überregionaler Fachaustausch der JugendhilfeplanerInnen

- Es gibt kein durch das Landesjugendamt gesteuertes aktives Gremium zum fachlichen Diskurs überregionaler jugendhilfeplanerischer Strategien.
- Derzeitig besteht lediglich ein bedarfsgelenkter selbstorganisierter Erfahrungsaustausch der regionalen PlanerInnen.
- Es gibt keine einheitlichen in die Praxis überführten Standards und Definitionen.
- Ein kontinuierlicher Transfer zwischen Landesjugendhilfeausschuss und regionaler Ebene fehlt.

Neben den bereits oben erläuterten personellen Möglichkeiten auf regionaler und überregionaler Ebene kommt erschwerend die Heterogenität der Planungskonzepte und damit verbunden die der unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte hinzu. In der Beschreibung der InterviewpartnerInnen entwickeln sich die Interessenlagen (Planungskonzepte) der Ämter zunehmend in unterschiedliche Richtungen. Damit verbunden gibt es keinen einheitlichen oder vergleichbaren Arbeitsauftrag für die PlanerInnen. Diese Tendenz muss damit im engen Zusammenhang gesehen werden, dass es bislang nicht gelungen ist, einen Konsens für eine einheitliche landesweite Ausrichtung, herzustellen und damit die regionalen öffentlichen Träger in die Situation kommen, sich individuelle Orientierung und Vergleichbarkeit zu suchen (z.B. im Benchmarking mit anderen Städten, in der Kontaktaufnahme zu anderen Landkreisen, in denen Sozialraumanalysen erstellt werden). Ebenso wie bei den regionalen Trägern wurden die personellen Ressourcen auf der überregionalen Ebene verknappert, so dass die Landesjugendhilfeplanung nur bedingt geleistet werden kann.

Durchgängig gab es eine deutliche Interessenbekundung der PlanerInnen an einem überregionalen Fachaustausch und an einer Vergleichsmöglichkeit mittels statistischen Erhebungen im Sinne einer Serviceleistung.

### 3.6. Datenlage der regionalen Jugendhilfeplanung

- Es gibt keine „fachlich-inhaltlichen“ Vergleichsmöglichkeiten zwischen den regionalen Jugendhilfeleistungen (differenziert und zu angemessener Zeit).
- Regionale Disparitäten können nur bezüglich der Jugendhilfeinfrastruktur abgebildet werden.
- Sozialräumlich determinierte Aussagen über die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen können nur bedingt getroffen werden (kleingliedrige Daten zur Sozialstruktur sind nur in Teilbereichen vorhanden).
- Steuerungsrelevante Daten sind nur bedingt verfügbar (nur auf die Jugendhilfeangebotsstruktur bezogen).

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass in den Sachgebieten erheblich mehr Daten erfasst als dann der Jugendhilfeplanung zur Verfügung gestellt werden, oder von der Jugendhilfeplanung aufgrund fehlender zeitlicher Ressourcen zur Auswertung genutzt werden können. Dies ist begründet durch die Aufgabenzuschnitte, durch die technischen Voraussetzungen der PlanerInnen und der Sachgebiete als auch der kontinuierlichen Datenzuarbeit aus den Sachgebieten.

Wesentlich für die Jugendhilfeplanung sind kontinuierlich angelegte Datenreihen, um Entwicklungen ablesen und Prognosen ableiten zu können. Die ist nur möglich, wenn die Datenreihen durch die PlanerInnen bedient, gepflegt und ausgewertet werden können (zeitliche Ressource und kontinuierlicher Datenfluss aus den Sachgebieten).

Auch bezüglich der erhobenen Daten zeigt sich eine Heterogenität begründet durch die Aufgabenzuschnitte der Verwaltungen. Die Entscheidungen darüber, welche Daten für die regionale Planung relevant sind, müssen in den verschiedenen Ämtern unterschiedlich gefällt werden. Entsprechend unterschiedlich ist auch der Zugang zu den in der Gesamtverwaltung vorhandenen Daten. Sind Ämter in der Verwaltung zusammengefasst, so ist in der Regel ein unkomplizierter Datentransfer zwischen den jeweiligen Ämtern möglich. Eine wesentliche Schnittstelle zeigt sich in den statistischen Abteilungen, bei denen verschiedene jugendhilfeübergreifende Daten zusammengeführt und damit auch für die PlanerInnen abrufbar sind. Jedoch nicht jeder Landkreis verfügt über eine solche Abteilung.

Um Aussagen über die soziale Lage von Familien und ihren Kindern treffen zu können, fehlen insbesondere kleingliedrige (Amtsbereiche) Daten zu verschiedenen Themenbereichen, die Aufschluss über den abzudeckenden Förderbedarf zulassen. Als wesentliche Bereiche wären Daten zur Bevölkerungsstruktur, Daten die

Rückschlüsse auf Familienstrukturen zulassen auch hinsichtlich der demographischen Entwicklung, deren ökonomische Situation und der Arbeitsmarktentwicklung, Daten im Bereich der Schulen, des Gesundheitsamtes hinsichtlich von Erkrankungen, Retardierungen und Behinderungen zu nennen.

Aufgrund dieser Bedingungen wird von den PlanerInnen überwiegend konstatiert, dass sowohl Bedarfe als auch Ressourcen, die außerhalb der Jugendhilfeleistungen liegen, nur bedingt abgebildet werden können. Nur in einzelnen Jugendämtern kann die soziale Lage und das Hilfenetz kleinräumig abgebildet werden. Die Netzwerke außerhalb der Jugendhilfe sind den JugendhilfeplanerInnen noch weniger bekannt und statistisch unterlegt.

Insgesamt sind alle notwendigen Daten an unterschiedlichen Stellen innerhalb der Verwaltungen vorhanden und müssten nicht ergänzend erhoben werden, sondern vielmehr Vernetzungen bzw. Schnittstellen hergestellt werden.

### **3.7. Fort- und Weiterbildungsbedarf der JugendhilfeplanerInnen**

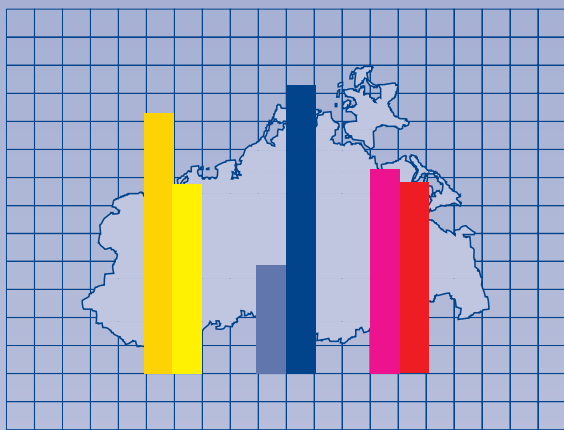
■ Ein überregionaler Fort- und Weiterbildungsbedarf kann derzeit nicht realisiert werden, weil:

1. Der Qualifizierungsstand der PlanerInnen;
2. die Rahmenbedingungen in den Ämtern;
3. und die Bedarfe aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte in den verschiedenen Ämtern zu heterogen sind.
4. Eine überregionale strategische Ausrichtung der Jugendhilfeplanung wird „nur bedingt“ kommuniziert.

Nach der 2000 abgeschlossenen Qualifizierungsreihe der JugendhilfeplanerInnen ist es nicht gelungen, einen fachlichen Diskurs und Erfahrungsaustausch überregional strukturell zu verankern und damit perspektivisch aufrecht zu erhalten. In den folgenden Jahren kam eine hohe Fluktuation der Personen, die mit den Aufgaben der Jugendhilfeplanung betraut waren, hinzu. Im derzeitigen Bild der JugendhilfeplanerInnen ergibt sich ein zweigeteilter Qualifizierungsstand. Zum einem JugendhilfeplanerInnen die bereits langjährig in dem Arbeitsfeld tätig sind und verschiedene Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen dazu bereits absolviert haben und eine Reihe von PlanerInnen die neu mit diesem Aufgabenfeld betraut wurden und diesbezüglich noch Grundqualifikationen benötigen.

Wie bereits zur finanziellen Ausstattung erläutert, fehlen die notwendigen Rahmenbedingungen, um sowohl an einem überregionalen Fachaustausch als auch an

Qualifizierungsangeboten teilnehmen zu können. Darüber hinaus werden die überregionalen Gremien aus bereits genannten Gründen als wenig effizient eingeschätzt.



## 4. Empfehlungen

Die folgenden Empfehlungen mit dem Ziel der Erstellung einer landesweiten Datenbank wurden in Zusammenarbeit mit der bereits genannten Landessteuerungsgruppe erarbeitet.

Die Strukturen der regionalen Ämter und damit auch die Aufgabenzuschnitte der jeweiligen PlanerInnen sind so heterogen, dass die angestrebte landesweite Datenbank Daten in gleicher Qualität generiert und zur Verfügung stellen muss, die unabhängig von den jeweiligen Planungskonzepten die Grunddaten vorhält, mit denen verschiedene Planungsansätze untermauert werden können. Die Annäherung der Aufgabenzuschnitte ist aufgrund der verschiedenen Ämterzusammenlegungen regional nicht sinnvoll, darum muss die Datenlage den Bedingungen angepasst werden.

Gleichzeitig muss darauf hingewirkt werden, dass trotz der Heterogenität im Sinne einer strategischen Ausrichtung und der überregionalen Qualifizierung der Jugendhilfeplanung und Landesjugendhilfeplanung ein hoher Abstimmungs- und Definitionsbedarf hinsichtlich verschiedener jugendhilfeplanerischer Aspekte herzustellen ist, da dies zur Vorbereitung einer landesweiten Datenbank notwendig ist. Dies gilt sowohl zwischen den verschiedenen Landkreisen und kreisfreien Städten auf der regionalen Ebene als auch zwischen der regionalen, überörtlichen und Landesebene.

Verschiedene Ansätze zur Qualifizierung der Jugendhilfeplanung und Landesjugendhilfeplanung wurden erarbeitet, jedoch nur zu Teilen zusammengeführt und in die Praxis übertragen. Um an diesen Prozess konstruktiv anzuschließen, gilt es im weiteren Bearbeitungsprozess zu eruieren, welche verschiedenen Ansätze zur Initiierung einer Vereinheitlichung, Entwicklung von Standards und Definitionen von jugendhilfeplanerischen Aspekten in

der Vergangenheit und perspektivisch in Ansätzen bearbeitet wurden und werden. Hinsichtlich eines ressourcensparenden Ansatzes sollten die vorhandenen Ergebnisse auf eine Anknüpfungsmöglichkeit und Schnittstellen überprüft werden.

Insbesondere in den Workshops der Vorstudie ist deutlich herausgearbeitet worden, dass die Einführung und spätere Nutzung einer Sozialberichterstattung auf überregionaler Ebene gemeinsam politisch kommuniziert und dann strategisch getragen werden muss. Dies gilt für die jeweiligen Entscheidungsträger auf regionaler und überregionaler Ebene. Eine überregionale Sozialberichterstattung soll für die überregionale- und die Landesplanung sichern, die Bedarfe der örtlichen Ebene ausreichend zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollte der Austausch der örtlichen öffentlichen Träger in zeitlich und ökonomisch sinnvoller Weise gestaltet werden.

Bereits das Konzept der Vorstudie sah einen hohen Grad von Beteiligung der regionalen öffentlichen Träger vor. Aus dieser positiven Erfahrung und der tragfähigeren Einbindung der regionalen Ebene wird auch für das weitere Vorgehen methodisch ein partizipativer Ansatz empfohlen, der möglichst die verschiedenen Partner auf der regionalen und überregionalen Ebene beteiligt und zur gemeinsamen Abstimmung verhilft. Es sollten jeweils die Partner einbezogen werden, die später die in der landesweiten Datenbank generierten Daten planerisch nutzen sollen. Des Weiteren sollte der Arbeits- und Zeitaufwand insbesondere für die MitarbeiterInnen der regionalen Ebene möglichst gering gehalten werden. Darum könnten bereits installierte überregionale Arbeitsgemeinschaften genutzt werden, um die Bearbeitung zu unterstützen. Diese Gremien müssten in der Vorbereitung gewonnen und der Nutzen für beide Seiten transparent gemacht werden.

Um dem Planungsanliegen sowohl des Bereiches Kindertagesstätten, Hilfe zur Erziehung als auch Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit der Datenlage gerecht zu werden wird empfohlen, die Sachgebiete zunächst intern einen Abstimmungsprozess über als notwendig erachtete Daten auf überregionaler Ebene führen zu lassen. Das in der Vorstudie erarbeitete Datenstrukturmodell bietet dazu eine geeignete Grundlage. Die abschließende Datenstruktur soll eine Informationsgrundlage für die Arbeitszusammenhänge der einzelnen Leistungsfelder der Jugendhilfe bieten.

Zur Sicherstellung der Effizienz sollte die fachbezogene Erarbeitung der notwendigen und gewünschten wie auch realisierbaren Datengrundlage moderiert werden. Dafür muss ein zuvor entworfener und abgestimmter

Arbeitsauftrag für die überregionalen Treffen der Fachgebiete eingeführt und deren Bearbeitung und Ergebnissicherung begleitet werden. Dabei sollte zunächst fachgebietbezogen danach gefragt werden, welche Daten einer landesweiten Datenbank die jeweiligen Fachbereiche als Serviceleistung unterstützend nutzen wollen, um ihre Planungsfragen (Steuerungsrelevanz) beantworten zu können. Als nächsten Schritt müssten dann die verschiedenen Modelle zusammengeführt werden, um Doppelungen zu vermeiden.

Dabei sind Schnittstellen und Rahmenbedingungen sowohl im technischen Bereich herzustellen (Datentransfer und Auswertungsmöglichkeiten), als auch die Sicherstellung einer Kommunikationsstruktur, die die Evaluation der landesweiten Datenbank und deren Nutzbarkeit im Weiteren garantiert.

Darüber hinaus muss auch die Servicemöglichkeit der regionalen Träger für den Datentransfer zur Datenbank geprüft werden, um in der Zukunft die kontinuierliche Pflege zu garantieren. Hier gilt es die Frage zu beantworten, welche Daten von den regionalen Trägern kontinuierlich auf die überregionale Ebene übermittelt werden könnten bzw. welche Daten bereits im Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern erhalten sind und genutzt werden können? Aufgrund der an anderer Stelle bereits beschriebenen fehlenden Definitionen und Abstimmungen und der Heterogenität in Planungskonzepten, muss bereits in der Vorbereitung eine Festlegung über die Datengüte (Datengröße, Erhebungsmodi) vorgenommen werden. Die Mindeststandards für die Rahmenbedingungen sowohl auf der regionalen als auch auf der überregionalen Ebene müssen abschließend definiert und in der Praxis gesichert werden, um die angestrebte Berichterstattung vollziehen zu können. Ziel soll auch sein, perspektivisch dem Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern in digitaler Form aufbereitete Daten zur Verfügung stellen zu können.

Mit dem erarbeiteten Datenprofil und den zur Nutzung notwendigen Schnittstellen wäre die Grundlage gelegt, die Erarbeitung einer passgenauen Software zur Ausschreibung zu geben.

## **Impressum**



**Herausgeber:** Start gGmbH  
Dr. John-Rittmeister-Str. 6  
06406 Bernburg

**Gefördert durch:** Land Mecklenburg-Vorpommern  
Landesamt für Gesundheit und Soziales  
Abteilung Jugend und Familie  
Landesjugendamt  
Postfach 110163  
17041 Neubrandenburg

**Redaktion:** Maren Campe

**Druck:** Medienwerkstatt  
Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis  
Dr. John-Rittmeister-Str. 6  
06406 Bernburg

**Layout:** Karsten Noack

**Unterstützt durch die Jugendämter:**

Hansestadt Wismar  
Hansestadt Greifswald  
Hansestadt Stralsund  
Landkreis Ostvorpommern  
Landkreis Demmin  
Landkreis Nordvorpommern  
Landkreis Ludwigslust  
Landkreis Uecker-Randow  
Landkreis Rügen  
Landkreis Müritz

**Und dem Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern**

Bernburg, Juli 2006